

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 24

Ausgegeben am 9. September 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Der revidierte Programmentwurf

Von Heinrich Cunow

Während ein Teil unserer Parteipresse noch gegen den am 17. Juli veröffentlichten Entwurf eines neuen Parteiprogramms polemisierte und in einzelnen Parteiversammlungen energische Ablehnungsresolutionen gefaßt wurden, hat am 23. August die Gesamtprogrammkommission diesen Entwurf einer umfassenden Revision unterzogen und am 25. August im »Vorwärts« einen neuen revidierten Programmentext veröffentlicht, dessen Fassung gegenüber dem ersten Entwurf bedeutsame Änderungen aufweist.

Wie ich schon in Nr. 19 der Neuen Zeit erklärt habe, hatte der am 17. Juli veröffentlichte Entwurf noch gar nicht die Fassung, in der er dem Görlitzer Parteitag vorgelegt werden sollte. Er war nichts anderes als ein unfertiger Rohentwurf, der die in den einzelnen Unterausschüssen der Programmkommission ausgearbeiteten Programmsätze und -forderungen einfach aneinanderreihete, ohne daß zuvor eine sorgfältige Vergleichen und Ausgleichen der einzelnen Programmteile sowie eine allgemeine Überarbeitung stattgefunden hatte. Eine solche Schlussrevidierung des Entwurfs sollte, so war geplant, zu Beginn des Septembermonats in einer Gesamtsitzung des Programmausschusses zu Berlin stattfinden. Man nahm bei der Festsetzung dieses Zeitpunktes als wahrscheinlich an, daß dann der Reichstag wieder versammelt, also ein großer Teil der Ausschußmitglieder ohnehin wieder in Berlin anwesend und deshalb die Vollsitzung des Ausschusses besser besucht sein werde als während der Augustferien. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, daß der Reichstag voraussichtlich nicht mehr vor dem Görlitzer Parteitag zusammentreten werde, wurde durch Rundschreiben vom 17. August die geplante Gesamtsitzung auf den 23. August einberufen.

Der neue revidierte Programmentwurf zeigt ein wesentlich anderes Gesicht als der am 17. Juli veröffentlichte. Nicht nur haben einige von der Parteipresse ausgesprochenen Wünsche Berücksichtigung gefunden, sondern es sind auch manche Sätze knapper gefaßt, einzelne Wiederholungen weggelassen und verschiedene Spezialforderungen, die den Entwurf übermäßig belasteten und den Eindruck der Schwerfälligkeit hervorriefen, eingeschränkt worden, so daß sich der neue Entwurf, wenn auch meines Erachtens die Spezialforderungen noch immer zuviel Raum einnehmen, doch im ganzen als straffer formuliert und besser gegliedert präsentiert. Besonders sind die wirtschaftlichen (auch agrarwirtschaftlichen) und die sozialpolitischen Forderungen knapper gefaßt worden, während der Abschnitt über Kulturpolitik verschiedene, meiner Ansicht nach berechnete Erweiterungen erfahren hat.

Die Rücksicht, welche die Programmrevision auf einzelne in unserer Parteipresse hervorgehobene Wünsche genommen hat, zeigt sich gleich zu Anfang des einleitenden theoretischen Programmteils darin, daß das Wort

»Klassenkampf« wieder aufgenommen und sogar an die Spitze des Entwurfs gestellt worden ist. Im ersten Entwurf hieß es:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes; sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems usw.

Im neuen abgeänderten Entwurf heißt es dagegen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems usw.

Freilich bedeutet diese vom Gesamtausschuß gewählte Sachfassung einen Kompromiß. In den Worten »und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten« liegt schon, halb versteckt, das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratische Partei gar keine reine Klassenpartei mehr ist und sich ihr der Arbeiterklasse nicht angehörende »Gesellschaftsschichten«, das heißt Teile anderer Klassen, angeschlossen haben. Sie vermag demnach auch keine reine Klassenpolitik beziehungsweise keinen reinen Klassenkampf mehr zu treiben; denn die »Gesellschaftsschichten«, die sich ihr angeschlossen haben, werden durch den Anschluß keineswegs zu »Arbeitern« beziehungsweise zu Bestandteilen der »Arbeiterklasse« im Marxschen Sinne, sondern nur zu Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei. Sie verlieren durch den Anschluß nicht ihre frühere Klassenzugehörigkeit und auch nicht ihre Klasseninteressen. Meistens schließen sie sich denn auch unserer Partei nicht deshalb an, weil sie ihre eigenen Klasseninteressen aufgeben und künftig nur noch reine Arbeiterinteressen gelten lassen wollen, sondern weil sie zu der Ansicht gekommen sind, daß ihre eigenen Interessen, wenn vielleicht auch nicht in allen Teilen, so doch im großen und ganzen von der Sozialdemokratischen Partei besser vertreten werden als von irgendeiner anderen der bestehenden politischen Parteigruppen. Haben aber einmal solche nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Gesellschaftsschichten sich unserer Partei angeschlossen, dann müssen wir, wollen wir sie nicht wieder verlieren, natürlich auch das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Interessen mit zu wahren suchen, und da ihre Interessen sich nicht völlig mit denen der Lohnarbeiterschaft decken, werden wir in Konfliktfällen eine Art von Interessenausgleich, soweit das möglich ist, herstellen müssen.

Mir scheint — ich sage »s c h e i n t«, denn leider konnte ich an der am 23. August abgehaltenen Gesamtsitzung nicht teilnehmen und kann deshalb auch nicht aus eigener Erfahrung sprechen —, als wenn in der Programmkommission nicht überall der Unterschied zwischen dem Marxschen Begriff der Klasse als einer aus der Wirtschaftsentwicklung sich ergebenden wirtschaftlich-sozialen Schicht, des Standes als einer politisch-sozialen Schicht und der Partei als einer auf freier Wahl beruhenden politischen Kampfgruppe klar erfaßt worden wäre. Klasse und Partei haben als ganz verschiedenartige Gebilde auch ihre verschiedenen Entwicklungs- und Wirkungsbedingungen. In der Entwicklung der Klasse liegt es, ihre spezifische Eigenheit immer schärfer herauszuarbeiten; eine Partei ist dagegen darauf angewiesen, sich politisch zur Geltung zu bringen und zu diesem Zweck ihre Erfolgsschicht möglichst auszudehnen, also stets auf Werbung bedacht zu sein. Das führt dazu, daß sie alle ihr Zugänglichen an sich zu ziehen trachtet und

für diese, um sie sich dienstbar zu machen, einen geeigneten gemeinsamen Kampfboden zu finden sucht.

Jedenfalls ist die Marx'sche Klassenkampfauffassung nicht mit jener, die in dem oben zitierten Satze des neuen revidierten Programms zum Ausdruck kommt, identisch. Marx geht, wie ich schon in meinem dritten Artikel »Zur Kritik des Programmwurfs« (Neue Zeit, Nr. 21, S. 487) erwähnt habe, von der Annahme aus, daß die Arbeiterklasse, nachdem sie sich zunächst in beruflichen Kampfverbänden organisiert hat, auch den Kampf in der politischen Arena als Klassenpartei aufnimmt, das heißt sich als eine große, nach und nach die ganze Arbeiterklasse umfassende, in sich geschlossene Arbeiterpartei formiert, so daß Arbeiterklasse und Arbeiterpartei sich tatsächlich decken, die letzte also nur die politische Organisation der ersten darstellt. Zugleich vereinfachen sich durch Fortfall der Mittelschichten die Klassengegensätze mehr und mehr, bis schließlich nur noch zwei große feindliche Parteien übrigbleiben: Arbeiterschaft und Bourgeoisie. Auch das Erfurter Programm zeigt noch völlig diese Auffassung; denn auch dort wird die Sozialdemokratie kurzweg als politische Organisation der Arbeiterklasse aufgefaßt, die sich durch Hinzutritt neuer Arbeitermassen immer mehr ausweitet, sich ihres Klassengegensatzes gegen die kapitalistischen Klassen immer stärker bewußt wird und demnach auch ihren Klassenkampf immer heftiger vom Arbeiterstandpunkt aus führt. Tatsächlich heißt es denn auch im dritten Absatz des Erfurter Programms:

Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt. . . .

Nimmt man die im Kommunistischen Manifest vertretene Klassenauffassung als richtig an, läßt sich gegen diese Formulierung nichts einwenden — nur ist bisher die Klassen- und Parteienentwicklung eine wesentlich andere gewesen, als sie im Kommunistischen Manifest vorgezeichnet worden ist. Die Arbeiterpartei ist mit ihrer Ausweitung nicht zugleich zu einer immer einheitlicheren, in sich geschlosseneren Kampfformation geworden, sondern hat sich, und zwar nicht nur in Deutschland, in mehrere, einander oft auf das rücksichtsloseste bekämpfende Parteien gespalten, die Mittelschichten sind nirgends aus dem politischen Getriebe ausgeschaltet worden, und die Klassengegensätze haben sich, anstatt sich zu vereinfachen, mehr und mehr kompliziert. Das erkennt auch die Programmkommission an, indem sie von der Arbeiterklasse und »den sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten« spricht; denn was besagen diese Worte anderes als die Anerkennung, daß die angekündigte scharfe politische Trennung der Klassen nicht erfolgt ist, sich vielmehr immer mehr außerhalb der Arbeiterklasse stehende Schichten der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben.

Theoretisch richtiger wäre es deshalb meines Erachtens gewesen, das Wort »Klassenkampf« hätte auch in dem jetzigen erweiterten Sinn keine Aufnahme gefunden. Andererseits aber gebe ich gerne zu, daß, da nun mal, wie eine Reihe Anträge zum Görlitzer Parteitag beweist, die alte Klassenkampfauffassung des Kommunistischen Manifests noch weite Kreise unserer

Partei beherrscht, die Einfügung des Wortes einem gewissen Parteibedürfnis entspricht. Parteiprogramme aber werden nicht nur für einzelne Theoretiker gemacht, sondern für die Gesamtheit der Parteimitglieder; sie sollen auch nicht nur bloße Forderungen enthalten, sondern zugleich zeigen, von welchen Grundanschauungen die Partei bei ihren Forderungen ausgeht und wie sie ihren Kampf zu führen gedenkt. Unsere Programme stellen also zugleich ein Bekenntnis zu bestimmten Anschauungen dar. Es wäre deshalb verkehrt, der Partei in ihrem Programm Auffassungen aufzwingen zu wollen, das heißt sie zu einem Bekenntnis veranlassen zu wollen, das die große Masse ihrer Angehörigen nicht teilt. Zudem wird die Einfügung des Wortes »Klassenkampf« in das Programm wenig oder nichts an der Richtung unserer Parteipolitik ändern, denn schließlich wird diese nicht durch Schlagworte oder überlieferte Programmsätze, sondern durch die geschichtlich gegebenen Entwicklungsbestimmungen bestimmt. Wenn Marx und Engels sich damit zufrieden gaben, daß die lassalleanischen Schlagwörter vom »ehernen Lohngesetz«, von der »einen reaktionären Masse«, von der Arbeit als »Quelle alles Reichums« in das Gothaer Einigungsprogramm aufgenommen wurden, werden wir uns auch mit der Wiederaufnahme des Wortes »Klassenkampf« abfinden können.

Auch das vielbegehrte Wort »Sozialisierung« hat in den revidierten Programmentwurf Aufnahme gefunden, aber in einer Formulierung, gegen die sich nach meiner Ansicht nichts einwenden läßt. Im ersten Entwurf stand, die heutigen wirtschaftlichen Zustände könnten nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden seien oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt hätten — »in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel« überführt würden. Im neuen Entwurf heißt es dagegen:

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt... werden.

Die Wörter »Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel« sind also durch »Sozialisierung der kapitalistischen Produktion« ersetzt. Das ist dem Sinne nach genau dasselbe; denn eine wirkliche Sozialisierung der Produktion ist natürlich nur möglich, wenn auch die zur Produktion erforderlichen Produktionsmittel sozialisiert oder vergesellschaftet werden, wie andererseits wiederum eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel unzweifelhaft auch eine Vergesellschaftung der Produktion nach sich zieht.

Als eine entschiedene Textverbesserung erscheint mir, daß im vorletzten Absatz des theoretischen Teils der frühere schwerfällige und unnötige Satz: »Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles usw.« fortgefallen ist und ferner im letzten Absatz der Hinweis auf die im August 1920 zu Genf reorganisierte Internationale fehlt.

Freilich sind bei der Revision auch einige Veränderungen in den neuen Entwurf hineingekommen, die wohl mancher als Verschlechterungen, zum mindesten als Schönheitsfehler empfinden wird. Sie einzeln aufzuzählen,

halte ich für unnötig, da sie bei der erneuten Durchsicht in Görlich zweifellos korrigiert werden dürften. Dahin rechne ich vornehmlich den mir allzu journalistisch gekünstelten und überdies inhaltlich ziemlich nichtsagenden Satz: »Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse.«

Eine solche gespreizte Stilblüte mag in einem für eine Tageszeitung schnell niedergeschriebenen Artikel hingehen; in den Text eines Programms gehört sie nicht hinein.

Auch einige Schreib- oder Druckfehler bedürfen der Verbesserung. So muß es zum Beispiel im dritten Absatz statt »die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration« heißen: »die im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration«.

Eine wesentliche Kürzung haben, wie schon erwähnt, die im ersten Entwurf erhobenen wirtschaftlichen Forderungen erfahren, meiner Ansicht nach nicht zum Nachteil des neuen Entwurfs. So wurde zum Beispiel der von unserer Parteipresse vielfach beanstandete und als Gemeinplatz bezeichnete Satz: »Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist« bei der Revision völlig gestrichen. Mit Recht; denn der Satz ist nicht nur eine gemeinplätzhche Reminiscenz aus alten liberaldemokratischen Regierungsprogrammen, er ist auch vom Standpunkt der Marxschen Gesellschaftslehre total unrichtig. Er unterstellt, es gäbe ein gleiches Interesse der »Allgemeinheit« (ein Ausdruck, unter welchem in der alten liberalen Staatslehre bald der Staat, bald die Gesellschaft, bald die ganze Kulturmenscheit begriffen wurde), und die inneren Kämpfe im Staat entsänden nur dadurch, daß immer wieder einzelne Personen ihre Sonderinteressen den sogenannten »allgemeinen Interessen« und damit dem »Allgemeinwillen« entgegensetzten. Nach Marx gibt es aber ein solches gleiches und einheitliches Interesse der »Gesamtheit« gar nicht, mag man unter dieser Bezeichnung nun den Staat oder die Gesellschaft verstehen. Beide sind in Klassen gespalten, die ihre besonderen Klasseninteressen haben und zwischen denen daher mannigfache Klassengegensätze bestehen. Das allgemeine gleiche Interesse aller Staats- oder Gesellschaftsmitglieder ist mithin nur eine Fiktion, und was gewöhnlich als allgemeines Staats- oder Gesellschaftsinteresse bezeichnet wird, ist nichts anderes als das Interesse der herrschenden Klassen.

Statt dessen steht im neuen Entwurf an der Spitze der wirtschaftlichen Forderungen der Satz: »Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.« Das ist entschieden klarer und präziser, nur würde meiner Ansicht nach auch hier aus den eben erwähnten Gründen das vage, vieldeutige Wort »Allgemeinheit« besser durch das Wort »Staat« oder »Volksgemeinschaft« ersetzt.

Die übrigen wirtschaftlichen Forderungen des ersten Entwurfs sind ebenfalls beträchtlich zusammengestrichen worden. Besonders hat der die Kartelle und Trusts betreffende Satz eine bessere Formulierung gefunden.

Sehr zusammengeschmolzen sind ferner bei der nochmaligen Überprüfung die agrarwirtschaftlichen Forderungen. Aus welchen Gründen manche der im ersten Entwurf enthaltenen Sätze nicht wieder aufgenommen worden

sind, vermag ich nicht zu sagen, da ich, wie schon erwähnt, an der Revisions-sitzung nicht teilnehmen konnte. Wie ich annehmen zu dürfen glaube, haben manche Mitglieder der Programmkommission nur deswegen der starken Kürzung dieses Programnteils zugestimmt, weil sie der Ansicht waren, daß es in Anbetracht der großen Verschiedenheit der Agrarfragen im Gebiet des Deutschen Reiches besser sei, in den neuen Programmentwurf nur einige allgemeingültige Forderungen aufzunehmen, die Aufstellung weiterer spezieller landwirtschaftlicher Forderungen aber einem besonderen Spezial-agrarprogramm zu überlassen.

Im einzelnen wird die in Görlitz zu wählende Nachprüfungskommission auch hier gewisse redaktionelle Änderungen vorzunehmen haben. Zum Beispiel ist meiner Ansicht nach der Satz »Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung des Hypothekenwesens« unverständlich. Was soll denn bezüglich des Hypothekenwesens »angebahnt« werden? Ist eine staatliche Reform beziehungsweise Regelung des Hypothekenwesens, eine Sozialisierung oder Verstaatlichung des Hypothekenwesens, die Errichtung staatlicher Grundrentenbanken oder dergleichen gemeint?

Ebenso haben die auf die Ordnung der Reichsfinanzen bezüglichen Forderungen eine wesentlich veränderte Fassung erhalten. Zu erwähnen ist in dieser Hinsicht besonders, daß der bisher im dritten Absatz dieses Programnteils enthaltene Satz: »Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen« als finanzielle Hauptforderung an die Spitze gestellt worden ist.

Dagegen sind die auf das Verfassungs- und Verwaltungswesen, die Kommunal- und Sozialpolitik sowie die Auslands politik und das Völkerrecht bezüglichen Partien des ersten veröffentlichten Entwurfs größtenteils unverändert geblieben, nur die den weiteren Ausbau der Sozialpolitik und die das Wohnungswesen betreffenden Forderungen sind in wenigen Sätzen knapper zusammengefaßt worden, während andererseits in den Abschnitt über die Demokratisierung der Verwaltung folgende Forderungen eingehoben wurden:

Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen, Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

Auch die auf die Reform der Rechtspflege bezüglichen Forderungen sind aus dem ersten Entwurf unverkürzt in den revidierten Entwurf übernommen worden. Warum, das ist mir nicht verständlich. Zwar läßt sich gegen die aufgestellten Einzelforderungen sachlich nichts einwenden; aber mehr als irgendein anderer Teil des Entwurfs hat sich dieser zu einem langen Spezialprogramm ausgewachsen. Er würde entschieden an Übersichtlichkeit und Eindringlichkeit gewinnen, wenn gewisse Hauptforderungen herausgehoben und in kurzen Sätzen nebeneinandergestellt würden. Für ein allgemeines Programm, das zugleich eine Art politisches Glaubensbekenntnis sein soll, ist diese enorme Anhäufung von Einzelforderungen zu groß.

Während die meisten Abschnitte verkürzt worden sind, haben die kulturpolitischen Forderungen eine Erweiterung erfahren. Das ist nach meiner

Ansicht durchaus berechtigt; denn der zur Beratung der sogenannten Kulturfragen eingesetzte Unterausschuß hatte sich — ausgehend von der Ansicht, daß ein besonderes Schul- und Erziehungsprogramm nötig sei — im ersten Entwurf mit der Aufstellung einiger allgemeinen Richtlinien und formalen Hinweise begnügt. Sicherlich ist ein solches Spezialprogramm erforderlich; aber in Anbetracht der Bedeutung der Schul- und Bildungsfragen für unsere Partei — eine Bedeutung, die leider früher meist unterschätzt worden ist — ist durchaus nötig, daß die wichtigsten Forderungen, die wir in dieser Hinsicht an das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden zu stellen haben, auch in das allgemeine Programm Aufnahme finden. Am wichtigsten erscheinen mir unter den neuauftretenden Forderungen die folgenden:

Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.

Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Untertgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung ereignet geachtet werden.

Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftliche Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

Jenen, die an der sogenannten Verelendungstheorie festhalten, an der Spitze des Programms eine Art Entwicklungsprognose à la Erfurt sehen möchten oder schöne Sozialisierungszrepte fordern, wird selbstverständlich auch der revidierte Programmwurf nicht genügen. Sie werden wahrscheinlich finden, daß die Aufnahme der Wörter »Klassenkampf« und »Sozialisierung« nur eine leere Scheinkonzession an den wahren und echten Marxismus bedeutet; vielleicht werden sogar einzelne besonders Findige entdecken, daß mit der Streichung einzelner wirtschaftlicher und sozialpolitischer Forderungen durch die Programmkommission diese vollends in den revisionistischen Sumpf hineinspaziert sei. Solche Kritiker aber, die nicht ganz einem gedankenlosen Wortradikalismus verfallen sind, sondern aus der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung Europas, besonders während der letzten sieben Jahre, gelernt haben, werden der Programmkommission kaum die Anerkennung versagen können, daß der Entwurf durch die Überarbeitung wesentlich gewonnen hat. Wohl jeder möchte noch diesen oder jenen Satz geändert oder noch irgendeine Forderung aufgenommen haben; aber darauf kommt es gar nicht an, sondern auf den Gesamtcharakter des Entwurfs, vor allem, ob er in seiner Fassung eine geeignete Unterlage für eine sachliche, zweckentsprechende Beratung in Görlich bietet. Nach meiner Ansicht besitzt der Entwurf diese Eignung.

## Das Parteiprogramm der Neuorientierung

Von Richard Woldt

Wenn man die Reden und Zeitungsartikel liest, die gegen den Entwurf des Parteiprogramms geliefert wurden, dann müßte man eigentlich Mitleid mit der Programmkommission haben, und ist man gar selbst an den Be-